

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbm d

## Inhalt

Dieter Spöri MdB zur wachsenden Lohnsteuerbelastung: Finanz-Staatssekretär muß für Arbeitnehmer negativen Trend bestätigen.  
Seite 1

Klaus-Henning Rosen zum Umgang der Bundesregierung mit einer Frage nach rechten „Gedenkmedaillen“: Mit Gewalt dumm gestellt.  
Seite 3

Rudolf Bindig MdB zum Bonner Verhältnis zur Dritten Welt: Zehn Thesen zur Entwicklungspolitik.  
Seite 4

Dr. Peter Struck MdB zu den Steuerplänen des Bundesfinanzministers: Will Stoltenberg Niedersachsen ruinieren?  
Seite 6

42. Jahrgang / 133

17. Juli 1987

Lohnsteuerbelastung steigt immer weiter an

Dr. Häfele muß für Arbeitnehmer negativen Trend bestätigen

Von Dieter Spöri MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung hat jetzt offiziell bestätigt, daß trotz der „größten Steuerreform aller Zeiten“ (Bundeskanzler Kohl) die Steuerbelastung immer weiter ansteigt. Während die Lohnsteuerbelastung der durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer während der Zeit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung konstant blieb, ist sie seit der „Wende“ unaufhörlich gestiegen. Und so sehen die Zahlen aus:

Lohnsteuerbelastung eines ledigen Arbeitnehmers mit statistischem Durchschnittseinkommen:

1982: 16,2 von Hundert

1986: 17,9 von Hundert (trotz erster Stufe StSenkG 1986/88!)

1989: 18,5 von Hundert (trotz zweiter Stufe StSenkG 1986/88 und StSenkErwG 1988!)

Während Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg noch am 26. Juni 1987 im Deutschen Bundestag diese Zahlen als einen „Trick“ bestätigte, mußte jetzt sein Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Häfele zugeben, daß diese Zahlen der Realität entsprechen.

Maßgebend für diese Entwicklung ist vor allem, daß die Steuer-mehrbelastungen der Arbeitnehmer durch das immer stärkere Hineinwachsen in die Steuerprogression (das heißt die so-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzen Sie aus  
mit welcher Papiertypen  
Kreuzen Sie aus



nannten heimlichen Steuererhöhungen) wesentlich höher sind als die Entlastungen durch die Tarifänderungen der Bundesregierung. Die per Saldo steigende Belastung der Mehrheit der Steuerzahler ist die direkte Folge der einseitig auf die Bezieher hoher und höchster Einkommen ausgerichteten Steuersenkungen.

Auch dies hat die Bundesregierung jetzt bestätigt:

Durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer werden sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual im Verhältnis zu ihrer bisherigen Steuerschuld wesentlich geringer entlastet als die Bezieher hoher Einkommen.

Hier die von Dr. Häfele bestätigten Zahlen:

Tarifentlastung 1988 verheirateter Steuerzahler

- a) mit einem zu versteuernden Einkommen von 40.000 DM:  
Entlastung 108 DM (= 1,6 von Hundert der bisherigen Steuerschuld)
- b) mit einem zu versteuernden Einkommen von 120.000 DM:  
Entlastung 3.416 DM (= 8,9 von Hundert der bisherigen Steuerschuld).

Bei einem dreimal so hohen Einkommen liegt der absolute Entlastungsbetrag also 30mal höher. Und auch die prozentuale Entlastung beträgt ein Mehrfaches (genau 556 Prozent der Entlastung der mittleren Einkommen!)

Von diesen Auswirkungen versucht Dr. Häfele abzulenken, indem er darauf hinweist, daß die Einkommensteuerbelastung der Bezieher hoher Einkommen insgesamt immer noch höher liegt als die der Durchschnittsverdiener. Damit wendet er sich direkt gegen die progressive Besteuerung überhaupt, die als ein Ausdruck des Prinzips der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit bislang von allen Parteien für richtig gehalten wurde. Deuten etwa die Ausführungen von Häfele darauf hin, daß es das langfristige Ziel dieser Bundesregierung ist, die Steuerprogression ganz abzuschaffen?

(-/17.7.1987/rs/ks)

\* \* \*

Mit Gewalt dumm gestellt

Wie die Bundesregierung mit einer Frage nach rechten „Gedenkmedaillen“ umging

Von Klaus-Henning Rosen

Daß die derzeitige Bundesregierung den Rechtsextremismus eher als *quantité négligable* ansieht, ist inzwischen bekannt. Umso mehr erschreckt es, wie unverfroren die Bundesregierung parlamentarische Fragen von Abgeordneten nicht beantwortet.

Der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn hatte von der Bundesregierung wissen wollen, wie sie die Herausgabe einer Medailenserie „Deutsche Soldaten-Helden“ „durch einen Verlag“ beurteile. Der Bundesminister der Justiz antwortete, der Bundesregierung sei bekannt, „daß Medaillen der angesprochenen Art von dem genannten Verlag (?) herausgegeben worden sind“, die Abbildungen (welche?) seien ihr aber nicht bekannt. Die konnte sie aber ohne Mühe einem der mehr als 100.000 Exemplare der Deutschen Nationalzeitung des Dr. Frey entnehmen, die allwöchentlich - so der Verfassungsschutzbericht derselben Bundesregierung - an bundesdeutschen Zeitungskiosken verkauft werden.

Der Abgeordnete Jahn wollte weiter wissen, was die Behörden des Freistaates Bayern wegen dieser Medailenserie unternommen hätten. Die Bundesregierung sah auch davon ab, wie sie den Abgeordneten lakonisch wissen ließ, die Frage zu beantworten, da sie nicht „in ihre Verantwortung fällt“. Dies nachzuvollziehen macht Mühe, denn da die Serie bundesweit verbreitet wird, bestünde auch für den Bund Anlaß, sich zu kümmern.

Zu den Medailenhelden des M&K-Kunstverlages aus Kiefersfelden - zu haben zu Preisen zwischen 1.470 und 17.700 DM mit einem mit Naziadler versehenen „Zertifikat“ - gehört unter anderem der SS-General Sepp Dietrich (Leibstandarte Adolf Hitler). Und was von der Werbung für die SS zu halten ist, sollte sich Justizminister Engelhard von der Strafrechtsabteilung seines Hauses sagen lassen.

(-/17.7.1987/rs/ks)



### 10 Thesen zur Entwicklungspolitik

Die Hilfe für die Dritte Welt von außen- und beschäftigungspolitischen Zielen der Industrieländer entlasten.

Von Rudolf Bindig MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Entwicklung ist ein ganzheitlicher Prozeß, der durch externe und interne Faktoren beeinflußt wird. Den internationalen Rahmenbedingungen kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Eine umfassende Entwicklungspolitik muß mehr als bisher auf die internationalen Rahmenbedingungen der Finanzpolitik, Währungspolitik und Handelspolitik einwirken. Protektionismus der Industrieländer und währungspolitische Maßnahmen haben einen größeren Einfluß auf Entwicklungsprozesse als Maßnahmen der „traditionellen Projektpolitik“.
2. Die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer sind von großer Bedeutung für den Erfolg entwicklungspolitischer Bemühungen. Länder, die eine nationale Strategie verfolgen, welche auf die Deckung der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung ausgerichtet ist, bieten jene internen Rahmenbedingungen, die der Projektpolitik Möglichkeiten gibt, einen aktiven Beitrag zur Entwicklung zu leisten.
3. Die Beurteilung der Entwicklungspolitik schwankt zwischen erheblicher Überschätzung ihrer Möglichkeiten und einer grundsätzlichen Verurteilung. Schon vom Volumen her vermag Entwicklungshilfe als Projektpolitik nur begrenzt zur Entwicklung beizutragen. Bei einer Einbettung in eine tragfähige, sozial und ökologisch verträgliche Entwicklungsstrategie können Projekte einen positiven Beitrag leisten. Zur qualitativen Verbesserung ist ein Ausbau der Wirksamkeitskontrolle erforderlich, die sich nicht nur auf die Durchführungskontrolle beschränkt, sondern insbesondere die Nachhaltigkeit der Projektwirkung überprüft.
4. Entwicklungsstrategien versprechen besonders dann einen Erfolg, wenn sie auf die Entwicklung der Binnenmärkte und regionaler Märkte, insbesondere durch Stärkung der Massenkauftkraft ausgerichtet sind. Von besonderer Bedeutung sind daher Maßnahmen zur Förderung von Kleinbauern, von Klein- und Mittelindustrie und lokaler Maschinenindustrie.
5. Forderungen nach einer fast vollständigen Entstaatlichung der Entwicklungspolitik sind abzulehnen. Die derzeitigen besonderen Wirkungsmöglichkeiten der Nichtregierungsorganisationen (NRO) beruhen gerade auf der Ergänzungsfunktion zur staatlichen Entwicklungspolitik, indem die NROs eine Nischenfunktion wahrnehmen können. Oft gelingt dies nur dadurch, daß die NROs innerhalb einer vermeintlichen Irrelevanzschwelle verbleiben, wobei sie aber doch zu einer gesellschaftlichen Veränderung von unten her einen Beitrag leisten. Eine zu starke Umverlagerung der Entwicklungsmittel auf die NROs würde sie an dieser positiven Aufgabe hindern.



6. Ebenso wie lange Zeit in der Entwicklungspolitik der Selbsthilfebereich unterschätzt worden ist, wird heute oft die Rolle des Staates unterbewertet. Für die Gestaltung der internen Rahmenbedingungen ist jedoch die Politik- und Arbeitsfähigkeit des Staates von großer Bedeutung. Eine Förderung des Staates in diesen Bereichen und eine Entlastung in anderen Bereichen kann für die Entwicklung eines Landes sehr wichtig sein.

7. Zur Information über die nationale Entwicklungsstrategie ist der Politikdialog wichtig. Er sollte die sozio-kulturellen Aspekte nationaler Entwicklungsstrategien, die gesamten internen Rahmenbedingungen einschließlich der menschenrechtlichen Situation einbeziehen und die Bedingungen und Möglichkeiten der Entwicklungsvergabe erkunden, ohne dem Partner eigene ordnungspolitische Modelle aufzwingen zu wollen. Der Politikdialog muß auch die Politik der Industrieländer und die internationalen Rahmenbedingungen einbeziehen. Der Politikdialog kann einen Beitrag leisten, um das Entwicklungsbewußtsein zu steigern. Da gerade Umbruchssituationen in Staaten oftmals Ansatzpunkte für Entwicklungsprozesse bieten (Bodenreform, Bildungsreform), sollten die Industrieländer solchen Prozessen aufgeschlossen begegnen.

8. Staaten, welche erhebliche Eigenanstrengungen zur Beseitigung der Armut unternehmen und eine Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung anstreben, sowie sich aktiv um die Verwirklichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte bemühen, sind in besonderem Maße zu fördern. In Staaten, in denen Sozialreformen verweigert und in denen eine eliteorientierte Politik betrieben wird, können nur Projekte gefördert werden, welche direkt die Lage der armen Bevölkerungsschichten verbessern.

9. Nahrungsmittelhilfe sollte nur zur aktuellen Überlebenshilfe in Not- und Katastrophenfällen eingesetzt werden. Auch in diesen Fällen sollten Nahrungsmittel in der Region beschafft werden.

10. Entwicklungspolitik muß von außenpolitischen und beschäftigungspolitischen Zielen der Industrieländer entlastet werden und sich auf ihren originären Bereich konzentrieren. Dieser liegt darin, sich einzupassen in das Zielsystem der jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategie bei Konzentration auf die Bereiche der Beseitigung der Armut.

(-/17.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



Will Stoltenberg Niedersachsen ruinieren?

Statt einer Steuerentlastung brauchen wir eine Gemeindefinanzreform

Von Dr. Peter Struck MdB

Mitglied im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Aufgrund der falschen Einschätzung der Bundesregierung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1987, die vor der Bundestagswahl absichtlich überhöht und zu optimistisch war, hat die Steuerschätzung vom Mai 1987 Steuerausfälle für die öffentlichen Haushalte in den Jahren 1987 bis 1990 von insgesamt 60 Milliarden DM ergeben.

Das bedeutet Steuerausfälle:

- Für den Landeshaushalt Niedersachsen 1987 bis 1990: 1.860 Millionen DM,
- für die Gemeindehaushalte in Niedersachsen 1987 bis 1990: 1.230 Millionen DM,
- zusammen 3.090 Millionen DM.

Bei der Steuerschätzung vom Mai 1987 ist lediglich das Wachstum des Brutto-Sozialprodukts (BSP) für 1987 korrigiert worden. Folgt man den Annahmen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth über das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik, dann ist 1987 bis 1990 mit weiteren Steuerausfällen in Milliardenhöhe zu rechnen; allein 1990 zusätzliche Steuerminder-einnahmen von rund 20 Milliarden DM.

Diese konjunkturbedingten Steuerausfälle müssen in den Haushalten der Länder und Gemeinden durch Ausgabenkürzungen und Erhöhung der Verschuldung verkraftet werden. Die verkleinerte Einnahmendecke soll nach den Plänen der Bundesregierung aber noch weiter entscheidend ver-kürzt werden.

Die geplanten Steuersenkungen 1990 in Höhe von über 44 Milliarden DM scheinen ein Ausdruck finanzwirtschaftlichen Größenwahns zu sein. Tatsächlich sind sie ein wirksames politisches Instru-ment, um den Staat endlich arm zu machen - was die erklärte Absicht der CDU/FDP-Koalition ist.

Die Steuersenkung 1990 einschließlich des schon 1988 vorgezogenen 5,2 Milliarden DM-Teils hat für Niedersachsen folgende Konsequenzen:

- Für den Landeshaushalt Niedersachsen 1988 bis 1990: 2.290 Millionen DM Steuerausfälle,
- für die Gemeindehaushalte in Niedersachsen 1988 bis 1990: 760 Millionen DM Steuerausfälle,
- zusammen: 3.050 Millionen DM Steuerausfälle.

Allein durch die Steuerschätzung vom Mai 1987 sind für das Land und die Gemeinden von Nieder-sachsen 1987 bis 1990 soviel an Steuerausfällen zu verkraften, wie dann die Steuerentlastung 1990 noch einmal kosten soll. Steuerausfälle in dieser Größenordnung sind unverantwortlich. Dr. Stolten-berg zwingt Länder und Gemeinden in eine astronomische Verschuldung. Die Gemeinden haben kei-ne andere Möglichkeit als ihre Investitionen massiv zu kürzen und die Dienstleistungen für ihre Bür-ger einzuschränken.

Ich fordere den Bundesfinanzminister dringend auf, die Steuerentlastung 1990 - die obendrein noch in höchstem Maße ungeracht ist - im Interesse von Ländern und Gemeinden aber auch im Interesse der Bürger auf ein realistisches Maß zurückzunehmen.

Die SPD fordert stattdessen eine Gemeindefinanzreform, die die Investitionskraft der Gemeinden stärkt, eine aktive Beschäftigungspolitik, die eine Entlastung der Sozialpolitik bedeutet und eine Neu-regelung des Finanzausgleichs, die die Selbstverwaltung der Gemeinden und den Föderalismus nicht zur Farce werden läßt.

(-17.7.1987/rs/ks)

\* \* \*

